

Anlage 1**Betreff:** WG: -- Polizeistation Rheine Anregung nach § 24 GO NRW**Von****Gesendet:** Sonntag, 11. September 2011 11:15**An:** Kordfelder, Dr. Angelika**Betreff:** -- Polizeistation Rheine Anregung nach § 24 GO NRW

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

unter dem folgenden LINK ist zu lesen:

[http://laumann-mdb.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=97%3Alaumann-polizei-in-rheine-zieht-ins-finanzbauamt&Itemid=29](http://laumann-mdb.de/index.php?option=com_content&view=article&id=97%3Alaumann-polizei-in-rheine-zieht-ins-finanzbauamt&Itemid=29)

## Laumann: Polizei in Rheine zieht ins Finanzbauamt

Dienstag, den 30. März 2010 um 11:49 Uhr

Quelle: Münsterländische Volkszeitung

Rheine. Die Polizeistation in Rheine könnte schon im kommenden Jahr einen neuen Standort bekommen. Wie die CDU Rheine mitteilte, sollen bereits im kommenden Jahr Landesmittel zur Verfügung stehen für einen Umzug vom bisherigen Domizil an der Gartenstraße in die Räumlichkeiten des ehemaligen Finanzbauamtes an der Humboldtstraße. Dies habe der hiesige CDU-Wahlkreiskandidat und NRW-Minister Karl-Josef Laumann vom Staatssekretär des Innenministerium, Karl-Peter Brendel, in einem persönlichen Gespräch signalisiert bekommen.

Laumann hatte am 19. Januar die Polizeiwache Rheine besucht und sich vor Ort ein Bild von der problematischen Raumsituation an der Gartenstraße gemacht. "Das politische Signal für einen Umzug ist da, allerdings wird es auch vom Ausgang der Landtagswahlen abhängen, inwieweit der Umzug realisiert werden kann", schränkte ein Mitarbeiter aus dem Landtagsbüro des Ministers die Neuigkeit ein wenig ein.

Am Samstag, den 10. September 2011 war in der Münsterländischen Volkszeitung wie folgt zu lesen:

<http://www.bbv->

[net.de/lokales/kreis\\_steinfurt/rheine/1684474 Umzug der Polizeiwache verzoegert sich.html](http://www.bbv-net.de/lokales/kreis_steinfurt/rheine/1684474_Umzug_der_Polizeiwache_verzoegert_sich.html)

Umzug der Polizeiwache verzögert sich

Rheine. Rund eineinhalb Jahre sind vergangen, seitdem der frühere Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) angekündigt hatte, die Polizeistation Rheine könne schon in diesem Jahr von der Gartenstraße in das ehemalige Finanzbauamt an der Humboldtstraße umziehen.

Laumann verwies seinerzeit auf eine Zusage des Staatssekretärs im NRW-Innenministerium, Karl-Peter Brendel (FDP). Doch geschehen ist seitdem nichts. Im Gegenteil: Die Außenanlagen des Gebäudes an der Humboldtstraße entwickeln sich mehr und mehr zu einem Treffpunkt von Trinkgelagen, Müll liegt herum.

„Es sind schwierige Verhandlungen, an denen verschiedene Behörden beteiligt sind“, sagte der Sprecher der Kreispolizeibehörde Steinfurt, Udo Potthoff, auf Anfrage unserer Zeitung. Größter Knackpunkt sei die Höhe des Mietzinses. Offenbar fordert das Finanzministerium mehr Geld für das Gebäude, als die Polizei augenblicklich zahlen will.

Das Gebäude gehört dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, der dem Finanzministerium untersteht. Anfang Oktober stehe erneut ein Verhandlungstermin an, sagte Potthoff. Der Polizeisprecher ließ im Gespräch mit unserer Zeitung keinen Zweifel daran, dass seine Behörde gerne sofort umziehen würde. Detaillierte Pläne für das Gebäude an der Humboldtstraße lägen bereits vor. Schließlich sei der aktuelle Standort an der Gartenstraße nicht optimal. Die Wache liege mitten in einem Wohngebiet, was insbesondere in der Nacht zu Lärmbelästigungen für die Anwohner führe. Außerdem seien viele Bereiche der Stadt von der Humboldtstraße aus schneller zu erreichen. Ferner entspreche das Gebäude an der Gartenstraße nicht den Anforderungen eines modernen Verwaltungsgebäudes.

Am 18. August 2011 war in der Münsterländischen Volkszeitung wie folgt zu lesen:

<http://www.westfaelische->

[nachrichten.de/lokales/kreis\\_steinfurt/rheine/1643475\\_Arndt\\_Brauer\\_Bundespolizei\\_wird\\_Dienstraerume\\_definitiv\\_verlassen.html](http://nachrichten.de/lokales/kreis_steinfurt/rheine/1643475_Arndt_Brauer_Bundespolizei_wird_Dienstraerume_definitiv_verlassen.html)  
Arndt-Brauer: Bundespolizei wird Diensträume definitiv verlassen

**Rheine.** Alle Bemühungen waren vergebens: Die Bundespolizei wird ihre Diensträume in Rheine zum 31. Dezember definitiv verlassen müssen. Diese Mitteilung erhielt die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer jetzt von Staatssekretär Klaus Dieter Fritsche aus dem Bundesministerium des Innern (BMI). Die Finanzpolitikerin hatte sich im Juli mit einem Brief an Bundesminister Friedrich gewandt und u.a. darauf hingewiesen, dass das durch die Schließung erzielbare Einsparvolumen sehr gering ist. „Das BMI teilt zwar ebenfalls diese Ansicht und beziffert die Höhe der Einsparungen mit 4850 Euro/Jahr, ist aber offensichtlich trotzdem nicht geneigt, seine Planungen zu ändern“, bedauerte Arndt-Brauer. Eine schlüssige Begründung fehle schlichtweg. Das BMI verstecke sich hinter „absolut nichtssagenden Worthülsen“.

Die Pressestelle der Bundespolizeidirektion in Sankt Augustin teilte unterdessen mit, dass es bislang keinen neuen Sachstand gebe. Allerdings gebe es noch keine endgültigen Entscheidungen. „Die Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen“, hieß es in Sankt Augustin.

Derweil bestätigte die Gewerkschaft der Polizei (DPOLG), dass die ebenfalls auf der Streichliste stehenden Dienstverrichtungsräume am Flughafen Mönchengladbach erhalten bleiben. Nach Verhandlungen habe der Vermieter auf die „Miete verzichtet. Zuvor habe Bundespolizeidirektions-Präsident Virnich versichert, dass es ihm nicht um einen „Rückzug aus der Fläche“ gehe.

„Mit der Kündigung der Diensträume wird in Rheine ohne Not die Bürgernähe als wichtiger Wert aufgegeben“, kritisierte Arndt-Brauer.

Erst vor wenigen Tagen hatte sich der Seniorenbeirat in einem Brief an den Präsidenten der Bundespolizeidirektion gegen die Schließung der Dienstverrichtungsräume am Bahnhof Rheine ausgesprochen. Die Diensträume böten insbesondere der älteren Bevölkerung „objektiv Sicherheit“, weil damit „Anlaufpunkt und Ansprechpartner“ vorhanden seien, argumentiert Beirats-Vorsitzender Horst Erle. Für Senioren gewinne das Reisen mit der Bahn immer mehr an Bedeutung. „Eine aktive Zivilgesellschaft hat Sorge dafür zu tragen, dass Bedingungen geschaffen werden, die aktives Altern zulassen. Mit der Schließung würde diesem widersprochen“, heißt es in dem Schreiben.

Insofern darf festgestellt werden:

- 1.) Ob und wann es zu einer erforderlichen räumlichen Ausweitung der Polizeistation Rheine kommen wird, ist gegenwärtig nicht bekannt. Die Wahlaussage aus dem Jahr 2010 hat Herr Laumann seit der Landtagswahl 2010 offensichtlich nicht weiter aufgegriffen.
- 2.) Auch die landespolitisch geforderte Schuldenbremse und die immer wiederkehrenden Frage nach einem verfassungsmäßigen Landeshaushalt, dürfte eher Ausgabenenkungen zur Folge haben.
- 3.) Trotz vielfältiger Aktivitäten wird die Bundespolizei die Diensträume am Hauptbahnhof in Rheine aufgeben müssen. Damit wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigt. Weiterhin ist ein Verlust von Bürgernähe zu beklagen.
- 4.) Weiterhin ist festzustellen, dass die Liegenschaft an der Humboldtstraße - das ehemalige Finanzbauamt - durch Unrat keinen ansprechenden Eindruck hinterlässt. Dieses ist auch vor dem Hintergrund zu beklagen, dass die Einrichtung direkt am innerstädtischen Ring liegt und zudem am Abzweig zur Stadthalle; eine Visitenkarte der Stadt Rheine.

Insofern rege ich nach § 24 GO NRW an, Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, dass ab dem 01.01.2012 die bisherigen Diensträume der Bundespolizei durch die Polizeistation Rheine belegt werden. Damit kann ein Verlust des subjektiven Sicherheitsgefühls für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine kompensiert und eine geringe räumliche Entlastung der gegenwärtigen Polizeistation Rheine erreicht werden. Weiterhin möge, sofern noch nicht getan, die Stadt Rheine einen Umzug der Polizeistation Rheine in das ehemalige Finanzbauamt unterstützen und begleiten. Der Eigentümer der Liegenschaft - das Finanzbauamt - möge in diesem Zusammenhang auch auf die wiederkehrenden Verunreinigungen hingewiesen und aufgefordert werden, für eine entsprechende Sauberkeit und Ordnung Sorge zu tragen. Sofern der Eigentümer dieser Aufforderung nicht nachkommt möge man prüfen, ob dem Eigentümer erforderliche Reinigungskosten in Rechnung gestellt werden können.

Schönen Gruß

48432 Rheine.